

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr c

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein MdB formuliert zehn Forderungen an den neuen Bundesumweltminister: Professor Töpfer muß zur Tat schreiten!

Seite 1

Horst Isola fordert die Bundesregierung auf, die europäische Anti-Folter-Konvention zu unterzeichnen: Schluß mit dem peinlichen Verzögerungsspiel!

Seite 4

Hedda Jungfer MdL verlangt die Unterstützung des Freistaates Bayern für die in Dachau geplante Begegnungsstätte: Verantwortung vor der Geschichte macht das Projekt notwendig.

Seite 5

Dokumentation
Erklärung der Hamburger SPD zum Wahlergebnis vom Sonntag: Ergebnis einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung.

Seite 6

42. Jahrgang / 94

19. Mai 1987

Professor Töpfer muß zur Tat schreiten!

Zehn Forderungen an den neuen Bundesumweltminister

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

An der Hinterlassenschaft des Kurzzeit-Umweltministers Wallmann wird der neue Amtsinhaber schwer zu tragen haben. Ökologische Notstände und nicht erfüllte Ankündigungen gibt es in Fülle.

Das in hektischer Eile noch kurz vor Ende der Legislaturperiode verabschiedete Strahlenschutz-Vorsorgegesetz dient nicht der Vorsorge, es enthält nicht einmal Grenzwerte für Strahlenbelastungen. Für den verseuchten Rhein sind nur tröstende Worte übrig geblieben. Das novellierte Bundesnaturschutzgesetz ist kaum dazu angetan, das Artensterben zu stoppen. Die Landwirtschaftsklausel blieb unverändert; die Verbandsklage fehlt. Aber nicht nur halbherzige Regelungen müssen bereinigt werden, der Katalog kompletter Unterlassungssünden ist noch weitaus länger.

1. So ist zum Beispiel der Bodenschutz ein Stiefkind der Umweltpolitik der Bundesregierung geblieben. Das unverbindliche Bodenschutzkonzept von 1984 konnte nicht verhindern, daß mittlerweile der Flächenverbrauch wieder auf 120 ha täglich angestiegen ist, nicht zuletzt durch ungebremsen Straßenbau. Das bedeutet, daß Tag für Tag mehrere Bauernhöfe verschwinden. Für das Delikt der Bodenvergiftung gibt es nicht einmal eine allgemeine Strafvorschrift. Wir brauchen ein Bodenschutzgesetz; die SPD-Fraktion hat seit langem Eckwerte dafür vorgelegt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet Umweltschutz
mit dem Papier-Rohstoff
Recycling-Papier



2. Überfällig ist ebenfalls das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Die EG-Richtlinie muß bis Juli 1988 in nationales Recht umgesetzt sein. Hier kann der Bundesumweltminister ein zentrales Instrument schaffen, um den Faktor Ökologie in ökonomische Entscheidungen einzubinden. Er kann dies, wenn er die nötige Durchsetzungskraft gegenüber den anderen Ressorts aufbringt, zum Beispiel gegenüber dem Verkehrsminister, dem Wirtschaftsminister und dem Raumordnungsminister.

Die SPD fordert eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung, die nicht von den Genehmigungsbehörden mit Hinweis auf die bisher gängige Praxis unterlaufen werden kann, und sie fordert vor allem eine Verbreiterung der Palette derjenigen Vorhaben, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung verbindlich durchgeführt werden muß. Dazu gehören neben Autobahnplanungen zum Beispiel auch Kiesabbauvorhaben, Anlagen der chemischen Industrie und nukleare Wiederaufarbeitungsanlagen.

3. Für die Altlastensanierung hat sich die Bundesregierung bislang um jegliche Initiative gedrückt. Rund 50.000 alte Müllkippen sind über das Bundesgebiet verteilt, teilweise sind es vergrabene Zeitbomben. Geschätzter Aufwand zur Sanierung 50 bis 20 Milliarden DM innerhalb der nächsten 15 Jahre. Das ist eine Jahrhundertaufgabe, die man nicht alleine den Ländern und Kommunen aufbürden kann. Wir müssen die Sünden einer bedenkenlosen Industrialisierung gemeinsam aufarbeiten. Deshalb wird die SPD erneut ein Bundesgesetz fordern. Die Industrie, voran die Chemie, muß dazu einen Entgiftungsbeitrag leisten.

4. Das Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoff, besser bekannt als Treibgase, haben die Koalitionäre falsch in ihr Ergebnispapier hineingeschrieben. Es ist aber bereits wieder in Gefahr, durch „freiwillige Vereinbarungen“ mit der Industrie aus der Welt geschafft zu werden. Hier wird Umweltminister Töpfer seine Handlungsfähigkeit als erstes beweisen müssen. Es wird sich zeigen, wie ernst diese Bundesregierung den Schutz der bereits durchlöchernten Ozonschicht und damit den Schutz der Gesundheit nimmt. Die SPD fordert: „Landgraf, werde hart!“

5. Der Wald stirbt weiter. In Teilen des Schwarzwalds sind dreiviertel der Bäume krank. Eine neue Offensive gegen die Luftverschmutzung tut bitter Not. Vorrangig ist die Abgasentgiftung der Kraftfahrzeuge, ein Feld, in dem Zimmermann einen schlimmen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Nach Mitteilung des Kraftfahrtbundesamtes entsprechen erst 2,8 Prozent der Kraftfahrzeuge den US-Normen. Gegen den Schadstoffausstoß von LKWs und Bussen, die 470.000 t jährlich emittieren, ist überhaupt noch nichts unternommen worden. Wer jetzt nicht entschieden handelt, macht sich schuldig am Zusammenbruch des Öko-Systems Wald. Das von der SPD im April 1983 vorgelegte „Notprogramm“ gegen das Waldsterben ist bis heute nicht realisiert.



6. Das Grundwasser ist in Gefahr. Nicht nur durch Nitratverseuchung. Industrie und Kraftwerke pumpen heute ebenso viel Grundwasser ab, wie die Gesamtbevölkerung an Trinkwasser verbraucht. Das kann nicht so bleiben. Das kostbare Gut Wasser wird ein rares Gut werden, wenn wir weiter mit Trinkwasserqualität unsere Autos waschen und die Flüsse zu Abwasserkanälen degradieren. Das „Sofortprogramm Wasser“ der SPD zeigt den richtigen Weg.

7. Wir brauchen eine neue Chemiepolitik. Die von der Koalition angekündigte Novellierung des Chemikaliengesetzes ist zwar erforderlich, noch wichtiger wäre aber die volle Ausschöpfung des heute bereits gegebenen Rahmens: konsequentes Verbot hochgiftiger Stoffe und Förderung von Ersatzstoffen sowie ein Prioritätenkatalog zur Erfassung und Aufarbeitung der 90.000 Altstoffe. Die SPD-Fraktion hat die Eckpfeiler mit ihrem Antrag für eine neue Chemiepolitik längst gesetzt.

8. Die Verminderung der Müllberge, die Eindämmung des Verpackungsluxus und der schadstoffhaltigen Abfälle kann dem Umweltminister auf dem schwankenden Boden des verwässerten Abfallgesetzes von 1986 schwerlich gelingen. Die SPD wird jedoch jeden energischen und sinnvollen Schritt in Richtung Müllvermeidung und -wiederverwertung unterstützen. Unsere Vorschläge für eine zukunftsorientierte Abfallwirtschaft liegen erneut auf dem Tisch. Geschieht nichts Wirksames, müssen viele Land- und Stadtkreise den Müllnotstand ausrufen.

Noch entscheidender als viele, wenngleich unverzichtbare Einzelmaßnahmen, ist es, daß die richtigen Instrumente geschaffen werden, die geeignet sind, ökologische Ziele in ökonomische Motivation umzusetzen. Dazu gehört:

9. Ein neues Haftungsrecht. Das heißt wer umweltschädliche Stoffe produziert, muß für die Auswirkungen haften, auch wenn kein absichtliches Verschulden nachweisbar ist. Die verschuldensunabhängige Haftung ist daher eine zentrale Forderung; sie kann nicht durch eine technokratisch konstruierte Umwelthaftpflichtversicherung ersetzt werden.

10. Dazu gehört auch eine ökologische Steuerreform oder ein Umweltabgabensystem. Nur wenn umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren begünstigt, umweltschädliche dagegen empfindlich verteuert werden, kann der Durchbruch zur ökologischen Erneuerung erfolgen. Umweltverschmutzung, Umweltverbrauch dürfen sich nicht mehr lohnen. Beispiel Sondermüll: Je teurer seine schadlose Beseitigung wird, desto rascher werden Innovationen zur Vermeidung oder Verringerung ausgelöst.

Der Umweltminister ist am Zugel

(-/19.5.1987/rs/ks)

* * *

Die europäische Anti-Folter-Konvention unterzeichnen

Bonn blockiert noch immer dieses wichtige Vorhaben

Von Horst Isola

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Die Bundesregierung weigert sich nach wie vor, den Entwurf einer europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zu unterzeichnen. Dieses Verhalten ist ein Skandal!

Seit 1983 drängt der Europarat auf Unterzeichnung einer europäischen Anti-Folter-Konvention. Nach dreijährigen Beratungen im Expertenkomitee und Lenkungsausschuß des Europarates hat die parlamentarische Versammlung des Europarates am 27. März 1987 eine Resolution zu dem Konventionsentwurf, der im November 1986 erstellt worden ist, verabschiedet und das Ministerkomitee zur beschleunigten Verabschiedung aufgefordert. Inzwischen haben sich 13 Länder für die Annahme des Entwurfs ausgesprochen (Italien, Portugal, Norwegen, Frankreich, Dänemark, England, Spanien, Schweiz, Schweden, Österreich, Griechenland, Luxemburg und Irland).

Allein die Bundesrepublik blockiert dieses wichtige Vorhaben. Insbesondere Bayern und andere CDU-regierte Bundesländer verweigern die Unterzeichnung unter anderem mit der Begründung, daß es in der Bundesrepublik Deutschland kein Bedürfnis für eine solche Konvention gebe.

Diese Begründung ist völlig abwegig. Zwar gibt es in der Bundesrepublik ein funktionierendes System gerichtlicher und parlamentarischer Kontrolle; gleichwohl ist eine vorbeugende Kontrolle wirksamer. Hinzu kommt, daß in europäischen Ländern - wie in der Türkei, aber auch in Spanien - nach Aussage von Amnesty International gefoltert wird.

Eine europäische Anti-Folter-Konvention könnte Schrittmacherdienste für die übrige Welt übernehmen, indem zunächst in Europa eine folterfreie Zone errichtet wird.

Der Entwurf der Anti-Folter-Konvention sieht unter anderem vor, daß ein vom Ministerkomitee des Europarates eingesetztes Komitee durch Besuche von Strafanstalten und anderen Einrichtungen, in denen Personen Freiheit entzogen wird, die Behandlung der Inhaftierten überprüft und - soweit erforderlich - Verbesserungen zum Schutz dieser Personen vorschlägt. Versagt ein Land die Zusammenarbeit oder weigert es sich, die Lage im Sinne der Empfehlungen des Komitees zu verbessern, kann sich das Komitee öffentlich zu der Angelegenheit äußern. Dem Komitee sollen Personen angehören, die hohes sittliches Ansehen genießen und für ihre Sachkenntnis auf dem Gebiet der Menschenrechte bekannt sind oder die in den Bereichen, die unter das Übereinkommen fallen, berufliche Erfahrungen haben.

Die ASJ fordert die Bundesregierung und die CDU/CSU-regierten Bundesländer auf, dem peinlichen Verzögerungsspiel endlich ein Ende zu bereiten und der Konvention unverzüglich zuzustimmen.

(-/19.5.1987/rs/ks)

* * *



Strauß verweigert Förderung für Begegnungsstätte in Dachau**Die Verantwortung vor der Geschichte macht das Projekt notwendig****Von Hedda Jungfer MdL****Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag**

Das seit Jahren anhaltende unwürdige Gezerre um die Schaffung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Dachau muß ein Ende haben. Die SPD-Fraktion brachte jetzt im bayerischen Landtag einen förmlichen Antrag ein, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, das von vielen kirchlichen Organisationen, von Jugendverbänden, von Verfolgten-Organisationen unterstützte Projekt „nachhaltig zu fördern und finanziell wirksam zu unterstützen“. Wir wollen mit diesem Antrag die CSU zwingen, im Parlament Farbe zu bekennen. Es ist genug diskutiert worden, jetzt muß entschieden werden.

Vor drei Jahren gründete sich der „Förderverein Internationale Jugendbegegnungsstätte Dachau e.V.“, dem ein politisch und gesellschaftlich sehr breit zusammengesetztes Kuratorium vorsteht. Seit zwei Jahren liegt ein konkretes Konzept des Vereins für die Realisierung des Projekts vor. Während die CSU insgesamt ebenso wie die Staatsregierung herumtaktiert, hat sich die örtliche Dachauer CSU entschieden gegen die Begegnungsstätte ausgesprochen, weil die „Vergangenheitsbewältigung eine nationale und keine Dachauer Aufgabe“ sei.

Hier liegt ein Mißverständnis vor. Niemand mutet der Stadt Dachau zu, die Verantwortung für die Errichtung des Konzentrationslagers zu übernehmen. Wohl aber könnte die Jugendbegegnungsstätte eine Chance für Dachau sein - die Chance, daß mit dem Namen Dachau nicht nur das KZ verbunden wird, sondern das Heranführen der Jugend an die mit Nazismus, Faschismus und Totalitarismus verbundenen Probleme. Dachau könnte den Ruf erwerben, beispielhaft die unselige Phase des Nationalsozialismus der deutschen Geschichte aufzuarbeiten und der Jugend die Werte von Freiheit und Demokratie zu vermitteln.

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Tandler hat sich Ende letzten Jahres in einer Landtagsdebatte - in der die CSU-Mehrheit die Unterstützung des auf Bayern entfallenden Anteils von 180.000 Mark für die Internationale Jugendbegegnungsstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz ablehnte - prinzipiell für eine Jugendbegegnungsstätte in Bayern ausgesprochen. Tandler meinte allerdings, München sei dafür der richtige Ort. Dies ist ein Ausweichmanöver und widersinnig. Denn die Lokalisierung und Namensgebung einer solchen Begegnungsstätte hat natürlich auch symbolhaften Charakter. Die unmittelbare örtliche Verknüpfung der Begegnungsstätte mit dem KZ fördert bei den Jugendlichen zweifellos die Betroffenheit und die Intensität der Aufarbeitung.

Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat sich Anfang dieses Jahres in der „Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ zu der Dachauer Begegnungsstätte geäußert. Er meinte, man könne dem Konzept des Fördervereins „nicht vorbehaltlos zustimmen“. Aus dieser Formulierung könnte man schließen, Strauß würde dem Projekt zustimmen, wenn einige Punkte geändert würden. Leider ist dies ein Trugschluß, wie sich aus den weiteren Ausführungen von Strauß ergibt. Er kritisiert nämlich im folgenden, die Konzeption fuße auf einer „Betroffenheitspädagogik“, deren Berechtigung und Wirkung anzuzweifeln sei. Es sei falsch, zu glauben, die Betroffenheit der Jugendlichen beim KZ-Besuch sei eine ausreichende Grundlage für eine daran anknüpfende mehrtägige Befassung mit dem Thema. Die Aufarbeitung der Eindrücke, die der Besuch der KZ-Gedenkstätte vermittelt, könne „am wirksamsten mit einem gewissen zeitlichen Abstand in der Schule, in der Jugendgruppe oder bei einem Wochenendseminar in einer anderen Bildungsstätte geleistet werden“.

Aus diesen Strauß-Ausführungen ergibt sich der Verdacht, daß der bayerische Ministerpräsident überhaupt keine derartige Jugendbegegnungsstätte will. Dennoch habe ich die Hoffnung, daß sich bei Strauß und der CSU letztendlich doch die Erkenntnis durchsetzen wird, daß Bayern, wenn es schon kein Geld für eine Begegnungsstätte in Auschwitz geben will, jedenfalls für die Aufarbeitung der Geschehnisse im KZ Dachau eine besondere historische Verantwortung und Zuständigkeit hat.

(-/19.5.1987/rs/ks)

DOKUMENTATION

Hamburger SPD: Ergebnis einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung

Der Landesvorstand der Hamburger SPD hat in seiner Sitzung am Montagabend folgenden Beschluß gefaßt.

1. Der SPD-Landesvorstand dankt allen Wählerinnen und Wählern, die den Hamburger Sozialdemokraten und ihrem Spitzenkandidaten Klaus von Dohnanyi diesmal wieder ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Wir wissen, daß in der Entscheidung vom 17. Mai für die SPD auch ein erheblicher Vertrauensvorschuß steckt. Viele haben uns neu unterstützt, die von uns zusätzliche Anstrengungen in der Verwirklichung einer bürgernahen, konsequent sozialen und freiheitlichen Politik erwarten. Wir werden alles tun, um diesen Vertrauensvorschuß zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang wiederholen und unterstreichen wir: die SPD ist zur inneren Erneuerung aus eigener Kraft fähig und wird dies in den vor uns liegenden vier Jahren leisten.

2. Das gute Abschneiden der SPD ist das Ergebnis einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung der gesamten Partei. Viele haben uns dabei geholfen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Künstler und Intellektuelle, Jugendliche, Selbständige und Handwerker. Dafür sagen wir allen Dank.

Ganz besonders danken wir unserem Spitzenkandidaten, Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Er hat in diesen Monaten erneut den größten Teil der Last und der Verantwortung zu tragen gehabt. Das Wahlergebnis vom 17. Mai ist wesentlich auch ein Vertrauensbeweis der Hamburgerinnen und Hamburger für seine Person.

3. Der Landesvorstand bekräftigt den Beschluß des SPD-Landesparteitags vom 11. April 1987, in dem es heißt:

„Sollte eine Koalition erforderlich werden, stellen wir schon jetzt fest, daß die SPD die Wiederbelebung der sozial-liberalen Koalition in Hamburg will.“

Das Wahlergebnis vom 17. Mai bietet für eine solche Koalition eine gute Grundlage.

4. Der Landesvorstand beauftragt Klaus von Dohnanyi, Ortwin Runde, Henning Voscherau, Rosemarie Raab, Elisabeth Kiausch und Erich Rumpel auf der Grundlage des Wahlprogramms der Hamburger SPD für 1986 bis 1990 sowie des „Arbeitsprogramms des Senats“ vom 13. Januar 1987, in Koalitionsverhandlungen mit der FDP einzutreten. Der Landesvorstand geht davon aus, daß am 10. Juni 1987 der neue Senat durch die Bürgerschaft gewählt werden kann.

Wir bieten der Hamburger FDP eine faire Partnerschaft an. Unser Ziel ist eine verlässliche Zusammenarbeit für das Wohl unserer Stadt.

(-/19.5.1987/rs/ks)